



**NIEDERSCHRIFT**  
(öffentlicher Teil)  
**17. Sitzung des Ausschusses für Soziales**

Sitzungstermin:	Dienstag, 04.02.2025	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	17:48 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck	
<b>Anwesende Mitglieder</b>		
<b>Vorsitz</b>		
Renate Prüß - SPD		
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>		
Sandra Odendahl - SPD		
Michelle Akyurt - CDU		
Dr. med. Dipl.-Phys. Carsten Grohmann - CDU		
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Tobias Preß - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Frau Judith Balke	
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende		
Bianca Szygula - LINKE & GAL	Vertretung für: Herrn Andreas Müller Fraktionsvorsitzender	
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>		
Wolfgang Baasch - SPD		
Katrin Funk - Unabhängige Volt-PARTEI	ab TOP 4.4; 17:25 Uhr	
Nil Gersdorf - CDU		
Gabriele Gröschl-Bahr - SPD		
Delf Kröger - CDU		
Max Manegold - FDP		
Noah Raum - Unabhängige Volt-PARTEI	bis TOP 4.4; 17:25 Uhr	
<b>Beiratsmitglieder</b>		
Christian Rettberg - Beirat für Menschen mit Behinderungen		
Manfred Bergmann - Beirat für Senior:innen		
Dr. Renate Schleker - Beirat für Senior:innen		
<b>Verwaltung</b>		
Sandra Birkoben - 1.160 - Frauenbüro	nur öffentlicher Teil	

Daniel Blank - FBC FB 2	
Karin Claus - Soziale Sicherung	nur öffentlicher Teil
Bianca Hartfuß - 2.000.1 Stabsstelle Sonderaufgaben	
Mariya Reznikova - Stabsstelle Migration und Ehrenamt	nur öffentlichen Teil
Daniela Rummert - 2.000.2 Stabsstelle Integration	nur öffentlicher Teil
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Ulrike Tietz - 2.530 Gesundheitsamt	bis TOP 4.4 ; 17:20 Uhr
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen 2.502 SeniorInnen-Einrichtungen	bis TOP 4.1; 16:35 Uhr
Dr. Alexander Mischnik - 2.530 Gesundheitsamt	nur öffentlicher Teil
<b>Protokollführung</b>	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
<b>Gäste</b>	
Katja Nowroth - ePunkt e.V.	
Kathleen Weilemann - Caritas Lübeck	
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Judith Balke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	- entschuldigt -
Andreas Müller - LINKE & GAL Fraktionsvorsitzender	- entschuldigt -
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Andrej Frank - AFD	- entschuldigt -
<b>Verwaltung</b>	
FB 2 Personalrat - Personalrat	- entschuldigt -

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.12.2024	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Aktuelle Sachstände aus dem Bereich 2.500	
3.2	Aktuelles zur Erstattung von Grundsicherungsleistungen vom Land	
3.3	AM Andreas Müller (Linke): Zusätzliche Sozialleistungen bei Arbeit in der Verwaltung	<b>VO/2024/13790</b>
3.4	Antwort auf die Anfrage VO/2024/13649 von BÜNDNIS 90/Die Grünen bzgl. der aktuellen Situation der Migrationsberatung in Lübeck	<b>VO/2024/13649-01</b>
3.5	Antwort auf die Anfrage von AM Andreas Müller (Fraktion Linke & GAL): Abschiebung aus Schutzraum Frauenhaus	<b>VO/2024/13707-01</b>
3.6	NEU: Anfrage Frau Akyurt: Verspätete Auszahlung von Grundsicherungsleistungen	
3.7	NEU: Anfrage Frau Siegenbrink zum Gewalthilfekzept	
4	Berichte	
4.1	Bericht über das Beratungsangebot des Sozialpsychiatrischen Dienstes	<b>VO/2024/13130-02</b>
4.2	Aufklärungskampagne Psychische Erkrankungen und bestehende Angebote	<b>4/12914-01-01-01</b>
4.3	Tätigkeitsbericht Tandem Ehrenamt 2023 - 2024	
4.4	Antwort als Bericht auf die Anfrage VO/2024/13649 von Bündnis 90/ Die Grünen bzgl. der aktuellen Situation der Migrationsberatung in Lübeck	
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Beauftragung einer Organisationsuntersuchung im Bereich Soziale Sicherung	<b>VO/2025/13879</b>
5.2	Verschiebung des Wahltermins des Behindertenbeirates / Satzungsänderung	<b>VO/2025/13931</b>

6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	BM Möller: Obdachlose und armutsbetroffene Menschen durch kommunale Beschäftigungsprogramme in den Arbeitsmarkt integrieren	<b>VO/2024/13719</b>
6.2	Fraktion LINKE & GAL: Bezahlkarte für geflüchtete Menschen	<b>VO/2024/13722</b>
6.3	BM Tim Stüttgen (Unabhängige Volt-PARTEI) AT: Abriss-Moratorium	<b>VO/2024/13741-01</b>
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	Andreas Müller (Linke): Bessere Sichtbarmachung bestehender Hilfsangebote auf der städtischen Internetseite	<b>VO/2024/13814</b>
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

## Öffentlicher Teil:

### **zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen**

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden insbesondere Frau Weilemann von der Caritas Lübeck und Frau Nowroth vom ePunkt e.V. und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Die Vorsitzende verpflichtet die anwesenden neu gewählten bürgerlichen Ausschussmitglieder Frau Gersdorf, Frau Gröschl-Bahr und Frau Szygula und Herrn Baasch, Herrn Kröger, Herrn Manegold, Herrn Preß, und Herrn Raum sowie die stellv. Ausschussmitglieder Herrn Nehrhoff und Herrn Speckmann mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Die Vorsitzende lässt über den Dringlichkeitsantrag unter TOP 5.2 abstimmen.  
Der Ausschuss beschließt einstimmig die Dringlichkeit von TOP 5.2.

Die Vorsitzende schlägt vor, den TOP 6.3 zu vertagen, da auch der Bauausschuss hierzu noch nicht getagt hat.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Vertagung von TOP 6.3.

Frau Akyurt stellt den Antrag auch TOP 6.2 zu vertragen und bittet hierzu eine rechtliche Einordnung durch das städtische Rechtsamt, welche Spielräume bei der Einführung der Bezahlkarte seitens der Stadt überhaupt gegeben sind.

Frau Senatorin Steinrücke berichtet, dass der Durchführungserlass des Landes noch nicht vorliegt und damit der Zeitplan gefährdet ist, aber seitens der Stadtverwaltung natürlich weitere vorbereitende Aufgaben wahrgenommen werden.

Die Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag zu TOP 6.2 abstimmen

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Vertagung von TOP 6.2.

Frau Akyurt merkt an, dass TOP 3.4 als Antwort erfasst würde, aber dieses als Bericht gewünscht wurde. Damit wird TOP 3.4 im Folgenden als TOP 4.4 behandelt. (Eine in allris korrigierende Einordnung ist nicht möglich, Anmerkung der Protokollführung).

Die Vorsitzende lässt darüber abstimmen, dass TOP 3.4 zu TOP 4.4 wird und auch unter TOP 4.4 beraten wird.

Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Im Anschluss lässt die stellv. Vorsitzende über die Zuordnung des TOP 10 bis 14 en bloc zum nichtöffentlichen Teil abstimmen. Der Ausschuss beschließt einstimmig die Zuordnung.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Teilnahme von Frau Timmermann, Frau Hartfuß und Herrn Blank im nichtöffentlichen Teil.

Die Vorsitzende lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen. Der Ausschuss beschließt die geänderte Tagesordnung einstimmig.

### **zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

## zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.12.2024

Frau Siegenbrink merkt an, dass unter TOP 5.2 eine Einwendung von Frau Odendahl protokolliert wurde, die aber aus ihrer Erinnerung Frau Gröschl-Bahr gemacht hat. Dieses wird in der Niederschrift geändert.  
Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

Der Ausschuss beschließt die Niederschrift mit der o.g. Änderung einstimmig.

## zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

### zu 3.1 Aktuelle Sachstände aus dem Bereich 2.500

#### **Wohngeld:**

Frau Claus berichtet von der weiteren Abarbeitung der Rückstände und dass weiterhin technische Schwierigkeiten bestehen, die u.a. bei der E-Akten-Einführung auftreten.  
Frau Akyurt erfragt die Rückstandszahlen, die aber von Frau Claus nicht benannt werden können.

#### **Housing First:**

Frau Claus teilt mit, dass die Konzepte vorliegen, gesichtete wurden und nun die Abstimmungsgespräche mit der DNNO geführt werden. Eine Umsetzung wird voraussichtlich im Frühjahr 2025 erfolgen.

#### **Förderbudget Wohnungsbauförderung:**

Frau Claus berichtet, dass regelmäßige Gespräche mit dem Land in dieser Angelegenheit geführt werden.

#### **Gesamtfinanzierungskonzept SIE:**

Frau Senatorin Steinrücke berichtet, dass die Einladungen zur Steuerungsgruppe „Pflege“ herausgegangen sind und nun die Mitglieder benannt werden müssen.  
Sie teilt mit, dass die Konzeption nach erfolgter Beratung durch ein externes Unternehmen weiterbearbeitet werde, so dass sich die Vorlage verzögern werde.

Hierzu sprechen Frau Akyurt und Frau Prüß.  
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### zu 3.2 Aktuelles zur Erstattung von Grundsicherungsleistungen vom Land

Frau Claus berichtet, dass das Verfahren weiterhin läuft und das Land weitere Akten prüft. Zudem berichtet sie, dass die Erstattungszahlungen vom 4.Quartal durch das Land erfolgt sind.

Frau Senatorin Steinrücke ergänzt, dass auch eine Prüfung des Rechnungsprüfungsamtes durchgeführt wurde und keine gravierenden Fehler bei der Bearbeitung festgestellt wurden. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 3.3 AM Andreas Müller (Linke): Zusätzliche Sozialleistungen bei Arbeit in der Verwaltung**  
**Vorlage: VO/2024/13790**

Frau Senatorin Steinrücke teilt mit, dass durch den Bereich Personal keine statistische Erfassung hierüber erfolgt und daher hier keine Zahlen genannt werden können.  
 Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**Beschluss:**

Wie viele Arbeitgeberbescheinigungen wurden in den vergangenen drei Jahren durch die Hansestadt Lübeck für Mitarbeitende ausgestellt, die diese für die Beantragung von Sozialleistungen benötigen?

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 3.4 Antwort auf die Anfrage VO/2024/13649 von BÜNDNIS 90/Die Grünen bzgl. der aktuellen Situation der Migrationsberatung in Lübeck**  
**Vorlage: VO/2024/13649-01**

Dieser TOP wurde zu TOP 4.4. Die Beratung ist dort niedergeschrieben.

**Beschluss:**

**Antwort Auf die Anfrage VO/2024/13649 bzgl. der aktuellen Situation der Migrationsberatung in Lübeck**

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.5 Antwort auf die Anfrage von AM Andreas Müller (Fraktion Linke & GAL): Abschiebung aus Schutzraum Frauenhaus  
Vorlage: VO/2024/13707-01**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**Beschluss:**

Antwort auf die Anfrage von AM Andreas Müller (Fraktion Linke & GAL):  
Abschiebung aus Schutzraum Frauenhaus vom 14.11.2024 im Ausschuss für Soziales.

Anfrage:

1. Ist der Verwaltung der Fall einer Frau (mit Kindern im Alter von 6 und 8 Jahren), die aus einem Hamburger Frauenhaus nach Österreich abgeschoben wurde, bekannt?
2. Gibt es in Schleswig-Holstein gesetzliche Regelungen, die so eine Tat verhindern?

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 3.6 NEU: Anfrage Frau Akyurt: Verspätete Auszahlung von Grundsicherungsleistungen**

Frau Akyurt erfragt, ob es zu Verzögerungen bei den Auszahlungen der Grundsicherungsleistungen gekommen ist.

Frau Claus schildert die angespannte Situation in der Abteilung:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 3.7 NEU: Anfrage Frau Siegenbrink zum Gewalthilfekonzert**

Frau Siegenbrink erfragt, wie die Auswirkungen des neuen Gewalthilfegesetzes sind und erfragt verlässlichen Zahlen dazu.

Frau Akyurt hinterfragt, wie die Stadt von der Landesgesetzgebung profitieren kann.

Frau Senatorin Steinrücke teilt mit, dass konkrete Auswirkungen und Zahlen nicht genannt werden können.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 4 Berichte**

**zu 4.1 Bericht über das Beratungsangebot des Sozialpsychiatrischen Dienstes**  
**Vorlage: VO/2024/13130-02**

Frau Szygula beantragt das Rederecht für den Verein inMotion.  
Hierzu sprechen Herr Müller-Lornsen, Frau Tietz, Herr Dr. Mischnik sowie zwei Vertreter:in vom Verein inMotion, die sich eine Unterstützung wünschen.  
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**Beschluss:**

Die Bürgerschaft hat in ihrer Sitzung am 28.09.2023 den Beschluss (2023/12437-02-01) gefasst:

„2.10 Sozialpsychiatrischer Dienst

Um den sozialpsychiatrischen Dienst für psychisch beeinträchtigte Menschen auf eine 24/7-Erreichbarkeit aufzustoeken, werden 2 zusätzliche Stellen geschaffen.“

Dieser Beschluss führte nach Besprechung in der Sitzung des Ausschusses für Soziales am 07.11.2023 zu einer Bildung eines Interfraktionellen Austausches. Dieser fand am 17.01.2024 unter Beteiligung der Mitglieder des Sozialausschusses, der Vorsitzenden des Sozialausschusses, des Fachbereichscontrollings FB 2 und des Gesundheitsamts statt.

Der Austausch innerhalb der interfraktionellen Arbeitsgruppe ergab, dass Bedarf an zeitnäherer Intervention bei psychischen Krisen der Bürger:innen besteht und dieser Bedarf durch engere Kontaktdichte zu den betroffenen Menschen und deren Überleitung in das Hilfesystem gedeckt werden kann. Im Austausch wurde sich auf die Stärkung des Krisenangebots im sozialräumlichen Kontext verständigt.

In der Sitzung der Bürgerschaft am 28.03.2024 wurde folgender veränderter Beschluss gefasst (VO/2024/13130):

„Es wird beabsichtigt, den Punkt 2.10. „Sozialpsychiatrischen Dienst“ im beschlossenen Haushaltsbegleitbeschluss – Haushalt 2024 mit der VO/2023/124-37-02-01 wie folgt zu ändern.

Der Bürgermeister wird aufgefordert, Maßnahmen zur Verbesserung der Hilfs- und Unterstützungsangebote des Gesundheitsamtes für Menschen mit psychischen Erkrankungen zu ergreifen, indem zwei zusätzliche Stellen im Sozialpsychiatrischen Dienst geschaffen werden.

1. Einrichtung eines Niederschweligen Angebots:

Eine zusätzliche Stelle soll für die Schaffung und Durchführung eines niedrigschweligen Angebots für psychisch erkrankte Menschen genutzt werden. Dies umfasst die Schaffung von Anlaufstellen, die auch außerhalb der regulären Arbeitszeiten erreichbar sind, um die Erreichbarkeit für Betroffene zu verbessern.

2. Koordination von Versorgungsangeboten:

Die andere zusätzliche Stelle soll für die Koordination von Therapieplätzen, Fachpflege und Versorgungsangeboten im Bereich der Suchterkrankungen und Quartierssprechstunden eingesetzt werden. Dadurch können die Bedürfnisse der Betroffenen erfüllt und Versorgungslücken geschlossen werden.“

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	

	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

<p><b>zu 4.2 Aufklärungskampagne Psychische Erkrankungen und bestehende Angebote</b>  <b>Vorlage: 4/12914-01-01</b></p>
---

Hierzu führt Herr Dr. Mischnik in das Thema ein. Im Weiteren sprechen Herr Müller-Lornsen und Herr Kröger.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**Beschluss:**

Antrag VO/2024/12914 vom 18.01.2024

Um die Themen „psychische Erkrankungen“ und „Suizidalität“ in der Stadt Lübeck sichtbar zu machen, wird die Verwaltung beauftragt, eine Kampagne zu gestalten, die auf bestehende Hilfsangebote aufmerksam macht.

Denkbar wären Mottos wie "Du bist nicht allein!" oder "Wir sind für dich da!".

Die Kampagne soll mit Flyern, Plakaten und einem Social-Media-Team gestaltet werden.

**Begründung:**

Jährlich nehmen sich in Deutschland ca. 10.000 Menschen das Leben.

Auch wenn unsere Gesellschaft langsam anfängt Stigmata aufzubrechen und psychische Erkrankungen als solche anzuerkennen, wissen viele Betroffene nach wie vor nicht, wo sie sich Hilfe suchen können.

Lübeck hat viele tolle Hilfsangebote, die leider kaum bekannt sind.

Dies ist mehr als genug Grund, dass wir uns als Kommunalpolitik vornehmen, daran vermehrt zu arbeiten. Die Ausarbeitung einer Aufklärungskampagne wäre ein sinnvoller und wichtiger erster Schritt.

Antrag VO/2024/12914-01 vom 06.02.2024

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Möglichkeit zu prüfen, ob im Jahr 2024 in der Stadt Lübeck eine Aufklärungskampagne zum Thema "Psychische Erkrankung" und "Suizidalität" realisiert werden kann.

Ziel ist es, auf bestehende Hilfsangebote aufmerksam zu machen und das Thema in den Fokus zu rücken.

Der Prüfauftrag zielt auf die Kosten für die Durchführung und die Art/Umfang einer solchen Kampagne sowie auf die zeitnahe Umsetzung ab.

Wir erwarten eine Rückmeldung im zweiten Quartal 2024, die dem Sozialausschuss vorgelegt werden soll.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	

	Ohne Votum	
--	------------	--

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

<b>zu 4.3    Tätigkeitsbericht Tandem Ehrenamt 2023 - 2024</b>
--

Frau Nowroth und Frau Reznikova stellen anhand einer Power Point Präsentation die Arbeit des Tandems dar.  
 Hierzu sprechen Herr Baasch und Frau Gersdorf.  
 Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

<b>zu 4.4    Antwort als Bericht auf die Anfrage VO/2024/13649 von Bündnis 90/ Die Grünen bzgl. der aktuellen Situation der Migrationsberatung in Lübeck</b>
--

Frau Rummert ergänzt zu der Vorlage, dass inzwischen die Information vorliegt, dass eine Stelle bei der Gemeindediakonie freigeworden ist und nicht nachbesetzt wird.

Im Weiteren sprechen Frau Siegenbrink, Frau Weilemann, Frau Akyurt, Herr Kröger und Herr Baasch, der zu bedenken gibt, dass die zeitlichen Befristungen der Finanzierung der Projekte auch immer eine zeitliche Befristung der Arbeitsverträge nach sich ziehen und motivierte Mitarbeitende verloren gehen. Die Budgetverträge der Stadt Lübeck über einen Zeitraum von üblicherweise 5 Jahre seien hier ein positives Gegenbeispiel.

Herr Preß wird von Frau Funk abgelöst.  
 Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Die Vorsitzende verpflichtet das bürgerlichen Ausschussmitglied Frau Funk mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

<b>zu 5    Beschlussvorlagen</b>
----------------------------------

<b>zu 5.1    Beauftragung einer Organisationsuntersuchung im Bereich Soziale Sicherung Vorlage: VO/2025/13879</b>
---

Frau Senatorin Steinrücke führt in das Thema ein und begründet die Vorlage.  
 Frau Siegenbrink erfragt, in welcher Höhe entsprechende Mittel im Haushalt geplant wurden.  
 Herr Blank erklärt, dass er diese Antwort nur im nichtöffentlichen Teil geben kann, da mögliche Auftraggeber:innen ansonsten einen Wettbewerbsvorteil erlangen könnten.  
 Weiter spricht hierzu Herr Dr. Grohmann.

**Beschluss:**

Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Organisationsuntersuchung im Bereich Soziale Sicherung an ein externes Unternehmen zu vergeben.

	einstimmige Annahme	X
--	---------------------	---

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gem. Beschluss zu beschließen..

<b>zu 5.2 Verschiebung des Wahltermins des Behindertenbeirates / Satzungsänderung Vorlage: VO/2025/13931</b>
--

Herr Müller-Lornsen bittet um die Änderung der Satzung. Zum einen bittet er den Halbsatz in § 3.3 „...damit auch Menschen mit psychischen oder geistigen Behinderungen diese verstehen können.“ zu streichen, weil er diskriminierend ist.

Weiter bittet er die Fristen und Zeiträume zu Wahlvorschlägen, Auslegung der Wahllisten verständlicher in der Satzung darzustellen/niederzuschreiben.

Die Vorsitzende lässt mit den Änderungswünschen über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss beschließt die geänderte Form einstimmig.

**Beschluss:**

1. Der Beschluss der Bürgerschaft VO/2024/13655, beschlossen am 28.11.2024. wird aufgehoben
2. Die Wahlversammlung zur Wahl des Behindertenbeirates gemäß § 47 d GO wird am 30.06.2025 durchgeführt.
3. Die Änderung der Satzung gemäß Anlage 1 & 2 wird beschlossen
4. Frau Senatorin Pia Steinrücke wird zur Wahlleiterin berufen; stellv. Wahlleiter wird Herr Olaf Diekhoff; Schriftführer werden Herr Lutz-Stephan Dabelstein und Alexander Nickerl

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft gem. Beratung in der geänderten Fassung einstimmig zu beschließen.

<b>zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft</b>
---

<b>zu 6.1 BM Möller: Obdachlose und armutsbetroffene Menschen durch kommunale Beschäftigungsprogramme in den Arbeitsmarkt integrieren Vorlage: VO/2024/13719</b>
--

Die Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

**Beschluss:**

Die Lübecker Bürgerschaft beschließt:

Der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie Obdachlose und armutsbetroffene Menschen durch kommunale Beschäftigungsprogramme in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	X
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, den Antrag abzulehnen.

**zu 6.2 Fraktion LINKE & GAL: Bezahlkarte für geflüchtete Menschen  
Vorlage: VO/2024/13722**

vertagt

**Beschluss:**

Die Lübecker Bürgerschaft spricht sich nachdrücklich dafür aus, die Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete abzulehnen, falls die Landesgesetzgebung dies zulässt. Die Verwaltung wird aufgefordert, dies gegenüber der Landesregierung zu kommunizieren. Sofern die Bezahlkarte für Kommunen verpflichtend eingeführt werden soll, fordert die Bürgerschaft die Landesregierung dringend auf, in allen weiteren Beratungen die folgenden Grundsätze zu berücksichtigen:

1. Die Bezahlkarte soll ausschließlich an Menschen mit Sozialleistungsanspruch in Aufnahmeeinrichtungen ausgegeben werden, die über kein Bankkonto verfügen. Bei allen anderen Geflüchteten soll es bei der bisherigen Überweisung der Geldleistungen auf das Konto bleiben.
2. Die Bezahlkarte soll das Format von Visacard/Mastercard haben, um eine Stigmatisierung zu verhindern und muss in allen Geschäften nutzbar sein.
3. Überweisungen mindestens im Inland müssen möglich bleiben, ohne dass diese erst freigeschaltet werden müssen.
4. Es soll keine Begrenzung für Bargeldabhebungen geben.
5. Kindern soll ausreichend Bargeld zur Verfügung stehen. Dafür empfiehlt sich mindestens eine Orientierung an dem Betrag, der im AsylbLG für Kinder und Jugendliche festgelegt wurde.
6. Alle volljährigen Mitglieder einer Bezugsgemeinschaft sollen eine eigene Bezahlkarte erhalten.
7. Die Nutzung der Bezahlkarte soll nicht auf bestimmte Regionen oder Branchen beschränkt sein, da für Geflüchtete eine Flexibilität beim Konsum unabdingbar ist.
8. Die Bezahlkarte soll bundesweit einsetzbar sein.
9. Die Bezahlkarte soll dem Prinzip des Guthabenkontos folgen, um Verschuldung zu verhindern.

10. Die Kommunen sollen keine Kosten tragen. Darunter fallen auch Kosten, die durch einen administrativen Mehraufwand entstehen.
11. Parallel zur Bezahlkarte soll ein Monitoringtool etabliert werden, um zu überprüfen, ob:
  - (a) der Verwaltungsaufwand gesenkt wird,
  - (b) Integrationshürden für Geflüchtete entstehen,
  - (c) durch das Bezahlkartensystem keine Mehrkosten entstehen,
  - (d) der Zuzug Geflüchteter durch die Einführung der Bezahlkarte nachweislich verringert wird,
  - (e) vermeintliche Rücküberweisungen verhindert werden,
  - (f) das Existenzminimum von Geflüchteten gesichert ist.

Sollte der Monitoring Prozess zu dem Schluss kommen, dass die Kosten der Bezahlkarte den Nutzen überwiegen, soll die Bezahlkarte durch die Einführung eines Basiskontos für Geflüchtete ersetzt werden.

12. Die Datenschutzerklärung, Gebrauchsanweisung sowie Beratung zur Bezahlkarte soll den Betroffenen in ihrer Muttersprache zur Verfügung stehen.
13. Die Bezahlkarte soll keine Datenspeicherung und/ oder Weitergabe personenbezogener Daten an Dritte ermöglichen.
14. Eine Verknüpfung mit dem AZR ist zu vermeiden, um Detailänderungen oder erforderliche Genehmigungen als Sanktionsmechanismus auszuschließen.
15. Sollte die Bezahlkarte verpflichtend, aber mit einem inhaltlichen Gestaltungsspielraum für Kommunen eingeführt werden, wird die Verwaltung beauftragt, die o. g. Punkte nach Möglichkeit umzusetzen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 6.3 BM Tim Stüttgen (Unabhängige Volt-PARTEI) AT: Abriss-Moratorium  
Vorlage: VO/2024/13741-01**

Der TOP wurde aufgrund des Hinweises, dass der TOP auch im Bauausschuss vertagt wurde, auch hier im Ausschuss für Soziales vertagt.

**Beschluss:**

Der Bürgermeister wird als Gesellschafter der städtischen Grundstücks-Gesellschaft Trave aufgefordert, den im Wirtschaftsplan bis 2028 vorgesehenen Abriss von 206 Wohnungen zu widersprechen und die geplanten Wohnungen zusätzlich zu bauen.

Darüber hinaus wird der Bürgermeister aufgefordert, sich insbesondere bei Haltern großer Wohnungsbestände (Genossenschaften, private Wohnungsunternehmen) dafür einzusetzen, dass der Neubau von Wohnungen in den nächsten Jahren in der Regel als Zubau und nur in begründeten Ausnahmefällen als Ersatzneubau stattfindet.

Die Lenkungsmöglichkeiten der Kommune sind zu nutzen.

Sofern dazu zusätzliche Flächen benötigt werden, da solche durch den Wegfall von vorherigen Abriss nicht mehr zur Verfügung stehen, so sind diese seitens der Verwaltung, falls nötig zu identifizieren und zu benennen.

Wenn es bis dahin keine besseren Lösungen gibt, dann kann der Abriss der Altbestände vollzogen werden, sobald sich die Lage am Wohnungsmarkt wieder hinreichend entspannt hat.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern**

**zu 7.1 Andreas Müller (Linke): Bessere Sichtbarmachung bestehender Hilfsangebote auf der städtischen Internetseite  
Vorlage: VO/2024/13814**

Frau Szygula bekräftigt den Antrag, indem sie erklärt, dass man in Notsituationen auf die 3. Ebene „klicken“ muss, um überhaupt auf eine Seite mit Hilfsangeboten zu kommen.

Frau Akyurt erfragt, ob die Verwaltung bereits an diesem Thema arbeiten würde und bittet um einen Bericht zum Umsetzungsstand.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass der Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit hier in der Umsetzung verantwortlich ist. Sie wird sich für eine zügige Änderung beim Bereich Press- und Öffentlichkeitsarbeit einsetzen.

Frau Szygula zieht den Antrag zurück.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird gebeten, die Website der Stadt zu überarbeiten und dort fortan Hilfsangebote, insbesondere auch den psychosozialen Wegweiser präserter zu bewerben.

Dies soll spätestens bis zum 01.06.2025 erledigt werden.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Antrag wird von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

**zu 8      Verschiedenes**

Es liegt nichts vor.

**zu 9      Ende des öffentlichen Teils**

Der Vorsitzende schließt um 17:43 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.  
Die Sitzung wird um 17:45 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

**zu 15      Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 17:48 Uhr.

Lübeck, den 26. Februar 2025

Frau Renate Prüß  
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann  
Protokollführung